

Dr. Stefanie Hubig
Bundesministerin der Justiz
11015 Berlin

27.11.25

Zivilgesellschaft und Justizverbände drängen auf Entkriminalisierung von Fahren ohne Fahrschein § 265a StGB

Sehr geehrte Frau Bundesjustizministerin Hubig,

jedes Jahr müssen 9.000 Personen in Deutschland für mehrere Wochen oder Monate ins Gefängnis, weil sie wegen Fahrens ohne Ticket nach § 265a StGB verurteilt werden. Der Straftatbestand (§ 265a StGB) trifft nahezu ausschließlich Menschen in extremer Armut, oft ohne feste Unterkunft und mit erhöhtem Suizidrisiko. Die Inhaftierung verschärft ihre ohnehin prekäre Lebenssituation. Gleichzeitig verursacht die strafrechtliche Verfolgung dieses Bagatelldeliktes jährliche Kosten von 114 Millionen Euro zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.¹

In jüngsten öffentlichen Stellungnahmen zur Reform des § 265a StGB haben Sie argumentiert, dieses Vorhaben sei bereits im vorangegangenen Ampel-Koalitionsvertrag angelegt gewesen und könne in der aktuellen Konstellation nicht fortgeführt werden². Wir möchten dieser Einschätzung widersprechen: Der Koalitionsvertrag der Ampelregierung enthielt keine Passage zur Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein. Trotzdem hat der ehem. Justizminister Buschmann im vergangenen Jahr einen Gesetzentwurf vorgelegt.³ Der aktuelle Koalitionsvertrag bietet ebenfalls eine tragfähige Grundlage: Es wird dort explizit das Vorhaben der Regierung genannt, das Strafgesetzbuch zu modernisieren, indem es auf überflüssige Vorschriften untersucht wird, die gestrichen werden können (2886 ff.). Kurz: **Die politischen Rahmenbedingungen ermöglichen die Reform. Damit liegt die Entscheidung bei Ihnen.**

Wir wenden uns heute mit dem dringenden Anliegen an Sie, diese Möglichkeit zu nutzen und die Rechtsnorm im Rahmen einer Gesetzesinitiative zu streichen. Dies wäre ein historischer Schritt: Das Gesetz wurde 1935 von den Nationalsozialisten eingeführt und steht seit langem in der Kritik. **Auch die SPD-Bundesfraktion⁴ und die ihr nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung haben sich in der Vergangenheit wiederholt für eine Reform stark gemacht.⁵** Sie haben jetzt die Möglichkeit, den Worten Taten folgen zu lassen und diese sozial gerechte Reform umzusetzen.

Zwei Drittel der Bevölkerung sprechen sich für eine Entkriminalisierung aus⁶. **Die Reform wird nicht nur von der Zivilgesellschaft, sondern auch von Wissenschaft⁷ und juristischer Praxis nachdrücklich unterstützt:** Die Bundesrechtsanwaltskammer⁸, der Deutsche Anwaltverein⁹ sowie der Deutsche Richterbund¹⁰ haben sich bereits für die Abschaffung des Straftatbestands ausgesprochen. Die Reform würde jährliche Steuerersparnisse in dreistelliger Millionenhöhe ermöglichen und die Justiz massiv entlasten.

¹<https://kripoz.de/2023/09/20/der-rechtsstaat-und-das-fahren-ohne-fahrschein-%C2%A7-265a-stgb-was-kostet-die-verfolgung-eines-umstrittenen-straftatbestands/>

²<https://lagedemation.org/podcast/ldn450-was-ist-sexuelle-gewalt-stefanie-hubig-bundesjustizministerin/?t=21%3A03>

³ <https://fragdenstaat.de/dokumente/250040-entwurf-eines-gesetzes-zur-modernisierung-des-strafrechts/>

⁴<https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/position-fahrenohne-fahrschein.pdf>

⁵<https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20274.pdf>

⁶ <https://fragdenstaat.de/artikel/exklusiv/2023/04/mehr-als-zwei-drittel-der-deutschen-fur-entkriminalisierung-von-fahren-ohne-fahrschein/>

⁷ https://kriminologie.uni-koeln.de/sites/kriminologie/UzK_2015/bilder/aktuelles/OffenerBrief265a_formatiert_unterschrieben_06.08.2024.pdf

⁸ https://www.brak.de/fileadmin/05_zur_rechtspolitik/stellungnahmen-pdf/stellungnahmen-deutschland/2024/stellungnahme-der-brak-2024-19.pdf

⁹<https://anwaltverein.de/newsroom/sn-28-24-eckpunkte-zur-modernisierung-des-strafgesetzbuchs?file=files/media/news/replicator/stellungnahme/sn-28-24-eckpunktepapier-modernisierung-stgb.pdf>

¹⁰ https://www.drb.de/fileadmin/DRB/pdf/Stellungnahmen/2023/DRB_231219_Stn_Nr_34_Eckpunktepapier_Modernisierung_StGB.pdf

Am heutigen Freedom Day hat der Freiheitsfonds erneut 75 Menschen aus der Haft freigekauft, die ausschließlich wegen Fahrens ohne Ticket einsaßen. Seit Bestehen der Initiative wurden so bereits 1572 Menschen aus dem Gefängnis ausgelöst– oft auf ausdrücklichen Wunsch der Justizvollzugsanstalten selbst. Dadurch wurden dem Staat etwa 22 Millionen Euro erspart. Es kann jedoch nicht dauerhaft Aufgabe der Zivilgesellschaft bleiben, diesen strukturellen Missstand zu kompensieren.

Trotz mehrfacher Anfragen für einen fachlichen Austausch und trotz unseres Angebots, die über 100.000 gesammelten Unterschriften¹¹ zu übergeben, haben wir vom Bundesjustizministerium keine Reaktion erhalten. Dieses Schweigen ist bemerkenswert angesichts einer Reform, für die sich zwei Drittel der Bevölkerung, sämtliche Sachverständige in der Bundestagsanhörung¹² und die führenden Justizverbände aussprechen.

Frau Bundesministerin, wir fordern Sie auf: Öffnen Sie Ihr Haus für den fachlichen Austausch. **Nutzen Sie Ihre politische Gestaltungskraft, um diese Reform umzusetzen, die menschlich geboten, wirtschaftlich vernünftig und demokratisch breit getragen ist. Die Entkriminalisierung des Fahrens ohne Ticket muss jetzt auf den Weg gebracht werden.**

Mit freundlichen Grüßen

Arne Semsrott, Vorstand Freiheitsfonds/Offene Tore e.V.

Stefan von Raumer, Präsident, Deutscher Anwaltverein

Dr. Lukas Theune, Geschäftsführer Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein

Dr. Simon Pschorr, Sprecher der Fachgruppe Strafrecht, Neue Richter*innenvereinigung

Dr. Joachim Rock, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes

Elke Ronneberger, Bundesvorständin Sozialpolitik für die Diakonie Deutschland

Kathrin Sonnenholzner, Präsidentin des Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V

Wolfgang Kaleck, Generalsekretär des ECCHR

Prof. Dr. Dr. Maximilian Pichl für die Vereinigung Demokratischer Jurist:innen e.V.

Prof. Dr. Johannes Feest für den Bundesvorstand der Humanistischen Union e.V.

Christoph Bautz, Geschäftsführer Campact e.V.

Eva Maria Welskop-Deffaa, Präsidentin Deutscher Caritas Verband

Dr. Jens Rannenberg, Vorsitzender des Evangelischen Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe e.V. (EBET)

Oliver von Dobrowski, Vorstand BetterPolice e.V.

Christina Müller-Ehlers, Geschäftsführerin Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe e.V.

Michèle Winkler, Geschäftsleitung Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

Helena Steinhaus, Geschäftsführerin Sanktionsfrei e.V.

Daniel Wolter, Geschäftsführer, DBH - Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik e.V.

¹¹ <https://weact.campact.de/petitions/gefängnisstrafen-furs-fahren-ohne-ticket-abschaffen-justiz-entlasten>

¹² <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw25-pa-recht-fahrschein-952266>